

Da+Dort Corona

Nr. 77 / Juni 2020

Unabhängiges aargauisches Magazin für Migrations- und Integrationsthemen





Zum Thema

Integration in der Corona-Krise

Integration braucht Begegnung, braucht Auseinandersetzung, braucht Kommunikation zwischen den Menschen mit Migrationshintergrund und der ansässigen Bevölkerung. Nicht einfach, in einer Zeit, wo soziale Isolation und Kommunikation über digitale Medien zum Alltag gehören, um der Gefahr der Ausbreitung einer Pandemie entgegenzutreten.

von Fabienne Notter

Die Corona-Krise hat uns alle herausgefordert, sie hat aber auch scheinbar Unmögliches plötzlich möglich gemacht. So arbeiten heute viele von uns vermehrt im Homeoffice, die zuvor dachten, es sei nicht möglich, gewisse Arbeiten von zu Hause aus zu erledigen. Videokonferenzen sind Alltag geworden, selbst die Beratung von Klient/innen erfolgte in vielen Organisationen während längerer Zeit fast nur noch über Telefon, WhatsApp oder andere digitale Kanäle. Vermehrt hört man, dass die Corona-Krise der Gesellschaft einen digitalen Schub verschafft hat. Auch Hilfswerke und NPOs hat die Corona-Krise angespornt, kreativ zu sein. So hat Caritas Aargau z.B. das Projekt Femmes-Tische neu digital angeboten: Moderatorinnen wurden geschult, Frauen mit Migrationshintergrund in ihrer Muttersprache nun auch telefonisch zu informieren und zu beraten. Es geht um Themen, die für die Integration in der Schweiz wichtig sind, aktuell auch um Fragen rund um Corona. Zum Teil wurden bei Femmes-Tische auch online Gruppengespräche geführt. Es ist ein Versuch, die physischen Treffen der Frauen mit dem Online-Angebot zu ersetzen, um das Gefühl von sozialem Zusammensein weiterhin zu pflegen. Das Angebot wurde und wird immer noch rege genutzt und geschätzt.

Alles gut also? Nein. Denn nicht alle Betroffenen waren in der Lage, dieses oder auch andere Angebote zu nutzen. Die Corona-Krise macht noch deutlicher, was wir vorher schon gewusst haben: Die zunehmende Digitalisierung ist für einen Teil der Bevölkerung ein Hindernis für die gesellschaftliche Teilhabe, sei es in der Arbeitswelt oder in der Freizeit. Besonders betroffen sind Menschen mit Migrationshintergrund, welche mitten im Integrationsprozess stehen. Ihnen fehlt oft der Zugang zu digitalen Kommunikationsmitteln oder es fehlt an sprachlichen Kenntnissen und dem Wissen, digitale Medien anzuwenden. So waren viele von ihnen während dem Lock-Down der Corona-Krise komplett isoliert. Mit der Lockerung

ist nun wieder mehr direkte Begegnung möglich. Dies ist für den Integrationsprozess unendlich wichtig; denn so können niederschwellige Angebote wie administrative Unterstützung, Freiwilligenprojekte, Sozialberatung, Arbeitseinsätze und andere persönliche Kontakte wieder «physisch» stattfinden.

Die Entwicklung der Digitalisierung der Gesellschaft aber wird voranschreiten. Umso wichtiger ist es, dass wir aus der Corona-Krise lernen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir ALLE mitnehmen, wenn es um die Digitalisierung geht. Denn alle Mitglieder einer Gesellschaft haben das Recht auf Arbeit und auf soziale Teilhabe. Neben der sprachlichen Förderung braucht es also u.a. niederschwellige Angebote, die den Zugang zu digitalem Wissen und Kommunikationsmitteln ermöglichen.

Aber auch Menschen, welche bereits integriert sind und im Arbeitsprozess waren, haben durch die Corona-Krise zum Teil ihre Existenzgrundlage verloren. Dies, weil viele Menschen mit Migrationshintergrund in prekären Arbeitsverhältnissen angestellt werden.

In diesem Sinne können wir die Corona-Krise auch als Chance betrachten: Sie zeigt uns auf, wo es Lücken im Sozialsystem gibt, sie deckt prekäre Arbeitsverhältnisse auf und sie macht deutlich, dass wir allen Menschen den Zugang zu digitaler Bildung ermöglichen müssen, wenn wir verhindern möchten, dass die Schere zwischen Arm und Reich durch die Digitalisierung noch weiter auseinander geht. ■

Mit Corona hat sich die Welt um uns fast täglich verändert. Um dem Anspruch an Aktualität einiger-massen gerecht zu werden, hat die Redaktion diese Ausgabe etwas schlanker gestaltet als sonst.

Bildlegende: Femmes-Tische per Videokonferenz
Foto: Caritas Aargau



Caritas Aargau hilft in der Corona-Krise

Nothilfe für Betroffene

Menschen, die schon vor Corona am Rand der Armutsgrenze lebten, sind in den vergangenen Wochen vermehrt in Not geraten. Insbesondere dank Spendengeldern der Glückskette konnte Caritas und ihre Regionalen Caritas Organisationen bis Ende Mai rund 6000 Betroffenen in der Schweiz mit Überbrückungsbeiträgen helfen.¹⁾ Auch bei der Caritas Aargau werden Betroffene beraten und erhalten Nothilfe.

von Nathalie Philipp

Seit der Zeit des Lockdowns können sich Hilfesuchende an einen der sieben Kirchlichen Regionalen Sozialdienste (KRSD) im Kanton Aargau wenden. Zunehmend melden sich dort Personen, die durch die Corona-Massnahmen in finanzielle Engpässe und überfordernde Situationen geraten sind. Neben der beratenden Unterstützung kann Caritas aktuell mit Nothilfen von bis zu 1000 Franken pro Person einspringen, um Verschuldungen zu vermeiden und Notsituationen zu überbrücken. In der Praxis wird dies so umgesetzt, dass der KRSD Lebensmittelgutscheine ausgibt oder kleinere Rechnungen übernimmt. Hinter dem Begriff der Nothilfe steht das Prinzip der Subsidiarität: Sie wird dann geleistet, wenn staatliche Hilfen und die Sozialversicherungen (AHV/EL/IV/KK) nicht greifen. Seit Beginn der Corona-Krise bis Ende Mai 2020 hat Caritas Aargau rund 400 Personen mit Überbrückungsbeiträgen unterstützt.

Ein Blick in die Falldossiers: Da ist die alleinerziehende Mutter, die vor der Krise mit ihrem Einkommen aus einer 80%-Anstellung und ihrem sauber kalkulierten Budget gerade so über die Runden kam. Der Verdienstaustausch durch Kurzarbeit bringt sie in einen finanziellen Engpass, ihre Reserven sind aufgebraucht. Mit leerem Portemonnaie und leerem Kühlschrank wendet sie sich an den KRSD. Die pflichtbewusste Frau wünscht nur die allernötigste Unterstützung. Von der Sozialarbeiterin erhält sie Lebensmittelgutscheine zur Überbrückung, die sie durch die nächsten Wochen bringen. Ein anderer Fall ist ein 55-Jähriger, der bislang im Stundenlohn auf Abruf gearbeitet hat und innert Kürze keine Aufträge mehr bekommt. Er verliert somit sein Einkommen. Mit seinem Stundenlohn-Vertrag, der kein durchschnittliches Mindestpensum festlegt, hat er keinen Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung. Da er zuvor selbständig war, hat er zudem keinen Anspruch auf Hilfe durch das RAV. Somit

unterstützt ihn der KRSD durch die Bezahlung einer dringend anstehenden Rechnung und beim Antrag auf Sozialhilfe, auch wenn der Aufwand dafür hoch und es lange unklar ist, ob der Arbeitgeber ihn nicht bald wieder beschäftigen wird.

Auf Unterstützung angewiesen sind besonders Personen, die bereits vor der Krise unter oder am Rand der Armutsgrenze lebten. Schweizerinnen und Schweizer sowie Menschen mit Migrationshintergrund sind betroffen. «Fast alle Fälle haben irgendwie mit prekären Arbeitsverhältnissen zu tun», beobachtet Emil Inauen, Co-Leiter der KRSDs der Caritas Aargau. «Entsprechend rechnen wir mit einer langen Krise.»

Der Bedarf an Sozialberatungen und Nothilfen offenbart, wo und in welchen Fällen das weitgehend tragfähige System an staatlichen Absicherungen dennoch an Grenzen stösst. Aufgrund ihrer Beobachtungen in den letzten Wochen hat Caritas Schweiz deshalb von der Bundespolitik gefordert, Haushalte mit geringem Einkommen unter anderem durch Direktzahlungen, Verbilligung der Krankenkassenprämien und durch eine Erhöhung der Kurzarbeitsentschädigung zu unterstützen.²⁾ Es zeigt sich in der Krise zudem erneut, dass es vielen Erwerbstätigen nicht oder nur knapp gelingt, einen existenzsichernden Lohn zu verdienen. Prekäre Arbeitsverhältnisse, wie die Arbeit in Tieflohnbranchen, in Stundenlohnverträgen oder «auf Abruf», aber auch eine unfreiwillige Unterbeschäftigung sorgen dafür, dass schon geringe Verdienstaustausfälle viele Haushalte überfordern. ■

¹⁾ Caritas Schweiz, Mediendienst 5 vom 28.5.2020

²⁾ Caritas Schweiz, Mediencommuniqué vom 7.5.2020

Bildlegende: Sozialberatung während des Lockdowns
Foto: Nathalie Philipp



Nachgefragt

Corona-Massnahmen in Asylunterkünften

Was bedeuten die Corona-Schutzmassnahmen für das Zusammenleben in einer Asylunterkunft? Welche Herausforderungen stellen sich und welche Massnahmen wurden getroffen? Wir haben mit Pia Maria Brugger, Leiterin der Unterabteilung Asyl beim Kantonalen Sozialdienst (KSD), und Patrizia Bertschi, Präsidentin des Vereins Netzwerk Asyl Aargau (VNAA) gesprochen.

Die Interviews wurden per Videotelefonie getrennt geführt und die Antworten anschliessend zusammengefügt.

von Seline Keller

Pia Maria Brugger, wie ging der KSD vor, um die Geflüchteten in den Asylunterkünften über das Coronavirus und die getroffenen Massnahmen zu informieren?

In einem ersten Schritt war es wichtig, dass unsere Mitarbeitenden gut informiert sind, damit sie nahe an den Geflüchteten dranbleiben und die richtigen Informationen weitergeben können. Wir haben Informationsblätter in verschiedenen Sprachen erarbeitet und die Betreuenden haben diese persönlich abgegeben und erklärt. Wir versuchten, die Mitarbeitenden von administrativen Aufgaben zu entlasten, damit sie mehr Zeit für die Betreuung haben. Die Präsenzzeit unseres Personals war mindestens gleich hoch oder höher als sonst. Auch an den Wochenenden, wenn normalerweise die Unterkünfte nicht betreut sind, gingen sie bei gewissen Unterkünften vorbei oder standen telefonisch im Kontakt. Auch die Hygienemassnahmen und die intensivierete Reinigung haben die Kommunikation verstärkt. Die Bewohnerinnen und Bewohner haben realisiert, dass jetzt etwas anders ist. Mit einzelnen Ausnahmen haben sie sehr gut verstanden haben, um was es geht. Sie haben sich ruhig verhalten und waren geduldig.

Patrizia Bertschi, Sie stehen mit vielen Geflüchteten im Kontakt, auch in der Corona-Zeit. Wie haben Sie den Informationsfluss wahrgenommen?

Informationen in Papierform – selbst wenn sie mehrsprachig sind – reichen häufig nicht. Ich bin überzeugt, dass die Verantwortlichen des KSD sich bemüht haben und taten, was sie konnten. Sie haben mit Übersetzungen gearbeitet, die Massnahmen wieder und wieder erklärt. Generell hatte ich den Eindruck, dass sich die Geflüchteten stark an die Anweisungen gehalten haben, fast zu stark. Andererseits zeigt unsere Erfahrung auch, dass die Informationen von Betreuenden nicht immer gleich ankommen. Da fehlt das Engagement von Freiwilligen, die Regeln und Massnahmen nochmals erklären können.

Pia Maria Brugger, wie haben die Betreuenden der Asylunterkünfte auf die Herausforderungen reagiert?

Es war sehr wertvoll, dass unsere Mitarbeitenden, mit Ausnahme von Personen aus der Risikogruppe, alle bereitstanden und ihre Arbeit verantwortungsbewusst wahrgenommen haben. Die meisten Beratungsstellen wurden geschlossen, unsere Mitarbeitenden mussten jedoch in den Unterkünften präsent sein. Es ist vergleichbar mit einem Pflegeheim oder Spital, das seinen Betrieb ebenfalls aufrechterhalten muss. Unsere Mitarbeitenden kennen die Klient/innen und wissen, wer etwas mehr oder weniger Betreuung braucht. Wir sind sehr dankbar dafür, dass sie ihre Aufgaben in dieser schwierigen Zeit so gut wahrgenommen haben. Das war für mich am Anfang der Krise überhaupt nicht selbstverständlich, weil die Arbeit anspruchsvoll ist und es viele offene Fragen und auch Ängste gab.

Wie haben Sie die Stimmung in den Asylunterkünften erlebt?

Patrizia Bertschi: Bei Besuchen oder via Telefon habe ich die Stimmung in den Unterkünften als ruhig wahrgenommen. Viele Geflüchtete haben sich in ihre Zimmer zurückgezogen. Auch die Kinder waren in den Zimmern und zu wenig draussen. Zum Glück können sie nun endlich wieder zur Schule gehen. Ich kann mir vorstellen, dass die Situation gerade für junge Männer langsam schwierig wird, dass sie ungeduldig werden.

Pia Maria Brugger: Es gab sicher Situationen, in denen die Asylsuchenden Fragen hatten oder sich unsicher gefühlt haben. Ich denke aber, dass die Menschen in den Asylunterkünften ähnlich reagiert haben wie die einheimische Bevölkerung auch. Auch wir hatten viele Fragen, mussten die Auswirkungen der Massnahmen auf unseren Alltag miteinander besprechen. Und in einem gewissen Mass mussten wir auch einfach mit der unsicheren Situation leben. Rückblickend können

wir konstatieren, dass die Informationen die Bewohnerinnen und Bewohner erreicht haben und sich ein Grossteil der Personen vorbildlich verhalten hat. Die Stimmung in den Unterkünften war respektvoll und die Lage erstaunlich ruhig.

In vielen Unterkünften leben die Menschen auf engem Raum zusammen. Wie kann so das Physical Distancing eingehalten werden?

Pia Maria Brugger: Das ist eine Herausforderung. Wir konnten nicht einfach zaubern, neue Unterkünfte eröffnen und die Belegung halbieren. Daher lag unser Hauptaugenmerk von Anfang an auf dem Schutz der Klient/innen aus der Risikogruppe. Die meisten Risikopersonen wohnen bereits in der Unterkunft für vulnerable Personen in Suhr, wo auch Gesundheitspersonal anwesend ist. Einige wenige Personen haben wir zusätzlich dorthin verlegt. Generell haben wir die Umplatzierungen aber reduziert, damit die Unterkünfte möglichst geschlossene Einheiten bleiben. In den meisten Unterkünften haben wir ein Isolierzimmer geschaffen. Da dies nicht überall möglich war, haben wir gleich zu Beginn der Pandemie entschieden, in Frick eine Isolierstation für positiv getestete Personen und Verdachtsfälle zu eröffnen. Wir erachteten es als sehr wichtig, dass wir nicht ganze Unterkünfte unter Quarantäne stellen und so die Bewegungsfreiheit von Personen einschränken müssen, die kein gesundheitliches Problem haben. Glücklicherweise hatten wir in den kantonalen Asylstrukturen bisher nur wenige Covid-19-Fälle zu beklagen.

Patrizia Bertschi: Die meisten Massnahmen im Bereich Physical Distancing lassen sich in einer Asylunterkunft kaum durchsetzen. Ein Beispiel: In einer Unterkunft durfte die Küche nur von zwei Personen gleichzeitig benutzt werden. Wenn das aber der einzige Raum ist, in dem es WLAN gibt, dann wird es schwierig. Ein grosses Problem stellen auch die sanitären Anlagen dar. Wenn

zwölf Männer und Frauen sich eine Toilette und eine Dusche teilen müssen, dann war das schon vor Corona nicht richtig, mit Corona erst recht nicht. Der VNAA hat bereits im März in einem Brief an den Regierungsrat unter anderem verlangt, dass leere Häuser und Unterkünfte geöffnet werden, um mehr Platz zu schaffen. Mehr Platz, den es auch in «Nicht-Corona-Zeiten» braucht. Wir werden auch nach Corona darauf pochen, dass die Situation in den Asylunterkünften für die geflüchteten Menschen verbessert wird. Es braucht Standards.

Im April hat der Regierungsrat bekanntgegeben, dass die kantonalen Asylunterkünfte sobald wie möglich mit WLAN ausgestattet werden. Was waren die Überlegungen dahinter?

Pia Maria Brugger: Wir haben uns schon lange WLAN in den Asylunterkünften gewünscht. Mit der Corona-Pandemie wurde es aber nochmals wichtiger, dass die Geflüchteten mit ihren Kontaktpersonen und ihrem persönlichen Netzwerk in Verbindung bleiben und digitale Angebote nutzen können. Heute gehört WLAN zum Standard, was vor ein paar Jahren noch nicht so war. Dazu kommt, dass wir beschränkte Ressourcen zur Verfügung haben und schauen müssen, wie wir diese optimal einsetzen. Im Asylbereich stellt sich immer die Frage, wann der richtige Zeitpunkt für so etwas ist: Hätten wir es früher flächendeckend eingeführt, dann hätte es vielleicht grössere Kritik aus der Bevölkerung gegeben. Jetzt hat aber wirklich fast jeder verstanden, dass es WLAN braucht.

Patrizia Bertschi: Die Ausstattung mit WLAN ist ja ein Projekt, das schon seit drei Jahren läuft. Wenn Corona etwas Positives in Gang gesetzt hat, so ist es das WLAN in den Unterkünften. WLAN bedeutet Zugang zur Welt, zum Lernen, zu Informationen, zur Arbeitssuche. Leider sind noch längst nicht alle Häuser ausgerüstet und vielerorts

ist die Qualität des WLANs sehr schlecht. Es ist wichtig, dass es nicht nur in einem Raum funktioniert, sondern auch in den Zimmern. Sonst können Kinder und Jugendliche keine Hausaufgaben machen und niemand kann in Ruhe telefonieren oder sich auf eine Stelle bewerben. Und nicht zuletzt ist es auch wichtig für das Physical Distancing.

Inwiefern waren Geflüchtete seit dem Lockdown mit Isolation konfrontiert?

Patrizia Bertschi: Die Isolation ist ein Thema, das mir grosse Sorge bereitet. Viele Geflüchtete haben wenig Kontakte und gehen auch nicht nach draussen. Ich hörte von unseren Freiwilligen, dass sie versuchten, mit den Menschen in Kontakt zu bleiben, über soziale Medien oder indem sie Karten und Briefe schickten. Aber sie berichteten, dass dies mit der Zeit immer schwieriger wurde und sich viele Menschen zurückzogen. Kontakte zu Familie und Freunden fehlen, dazu kommt der fehlende Zugang zum Internet, um telefonieren zu können. Andererseits zeigt sich wieder einmal, dass die Geflüchteten stärker sind, als wir manchmal annehmen. Ich spüre unter unserergleichen mehr Ungeduld, Ärger und Angst. Vielleicht liegt das daran, dass Geflüchtete schon so viel erlebt haben und sie solche Situationen dann fatalistischer annehmen, im Guten wie im Schlechten.

Pia Maria Brugger: Am Anfang hat uns die Situation von Familien mit Kindern sehr beschäftigt, vor allem nachdem die Schulen geschlossen wurden. Unsere Lehr- und Betreuungspersonen haben sich sehr engagiert und Materialien an die Kinder abgegeben oder Lernunterstützung für Jugendliche angeboten. Zudem sind diverse Freiwilligenorganisationen an uns herangetreten und haben in konstruktiver Zusammenarbeit mit dem KSD zahlreiche Unterstützungsangebote aufgebaut. Diese Initiativen waren ausgesprochen wertvoll, gerade weil die Organisationen mit vielen Personen sowieso schon im Kontakt

standen. Ich hoffe, dass dadurch die geflüchteten Menschen gespürt haben, dass viel unternommen wurde, damit sie nicht isoliert waren.

Patrizia Bertschi, wie war der Verein Netzwerk Asyl Aargau bisher während der Corona-Zeit aktiv?

Das wichtigste war, möglichst viele Kontakte zu Geflüchteten zu haben. Unsere Freiwilligen haben sich gemeldet; nachgefragt, wie es ihnen geht, was sie tun können. Die Geflüchteten sollten spüren, dass sie nicht alleine sind. Das bezweckten wir zum Beispiel auch mit den Essenspaketen, die wir verteilt haben. Dann gab es noch die «Laptop-Aktion». Zusammen mit dem Schweizerischen Roten Kreuz (SKR) des Kantons Aargau erhielten wir vom Verein labdoo 40 Laptops, die wir an geflüchtete Kinder und Jugendliche abgaben, die sonst vom Homeschooling ausgeschlossen gewesen wären. Die Namen der Empfänger/innen haben wir vom KSD erhalten. Weitere 40 Laptops werden wir noch verteilen. Ausserdem haben wir zusammen mit dem SRK Bastelsets für Kinder zusammengestellt, die wir über den KSD verteilen konnten. Es ging weniger um den Inhalt, sondern mehr um die Geste. Wir konnten so zeigen: «Hey, wir haben euch nicht vergessen. Wir sind weiter für euch da und ihr seid in unseren Köpfen». Spielkisten und ein Spielbus für die Unterkünfte sind weitere Initiativen, die über Corona hinausgehen. Wir freuen uns, dass ab dem 8. Juni verschiedene Aktivitäten und Angebote wieder zugänglich sind, natürlich unter Einhaltung der vorgeschriebenen Massnahmen. Das ist nicht ganz einfach, doch wir wollen uns wieder sehen. Die Begegnung – die vermischen wir alle.

Bildlegende: Screenshots von den Videotelefonaten mit Patrizia Bertschi und Pia Maria Brugger
Fotos: Seline Keller



Pause beim Programm HEKS-Visite

Wenn der Einsatzplatz verloren geht

Die Corona-Krise kann nicht nur körperlich krank machen. Der vorübergehende Verlust der Tagesstruktur kann sich stark auf die soziale Integration und belastend auf das Wohlbefinden auswirken. Oliver Mauerhofer, Mitarbeiter im Programm HEKS-Visite AG/SO, berichtet über einen seiner Klienten, den er in einen Freiwilligeneinsatz vermittelt hat.

von Oliver Mauerhofer

Herr Christian O. stammt aus Nigeria, führte dort ein eigenes Restaurant und musste aufgrund der politischen Lage in seinem Land in die Schweiz flüchten. Seine ganze Familie musste er in der Heimat zurücklassen. Das belastet ihn sehr. In Nigeria hatte er befürchtet, aufgrund seiner Religion Misshandlungen ausgesetzt zu werden.

Herr O. wurde durch den Sozialdienst für das Programm HEKS-Visite angemeldet. Er spricht sehr schlecht Deutsch und verfügt in der Schweiz weder über Berufserfahrung noch über ein soziales Netzwerk. Die Kommunikation mit Herrn O. findet hauptsächlich in englischer Sprache statt. So kann er sich glücklicherweise mir gegenüber öffnen und von seiner Geschichte, seinen Ängsten und Depressionen erzählen.

Er sagte er mir, er sei sehr glücklich, einen Einsatz in einer Küche machen zu können, da dies seinem bisherigen Beruf entspräche und er von ganzem Herzen den Wunsch hege, zu arbeiten und sein eigenes Geld zu verdienen. «Ich will dem Land und der Bevölkerung, die mich mit offenen Armen aufgenommen hat, etwas zurückgeben», sagt er und strahlt dies auch aus.

Seine Einsatzmöglichkeit ist in der Küche eines Alters- und Pflegeheims. Dort wurde er bisher hauptsächlich in der Abwaschküche eingesetzt, da er gemäss Rückmeldungen seiner Vorgesetzten seine Deutschkenntnisse weiter verbessern muss, bevor er in der Produktionsküche eingesetzt werden kann. Allerdings sei dies eine Frage der Zeit. Seine Vorgesetzte schilderte, dass seine fachlichen Kenntnisse durchaus vorhanden und feststellbar seien, auch wenn sich die Anforderungen an

Küchenmitarbeitende in der Schweiz von jenen in Nigeria unterscheiden würden. Sie sagte mir, es sei nicht ausgeschlossen, dass der Betrieb zu einem späteren Zeitpunkt einmal unter Einbezug von Herrn O. ein Spezialitätenbuffet aus Nigeria anbieten könnte.

Während der Corona-Krise fehlen für Herrn O. der Zugang zu Kontakten, Beschäftigung und Integrationsangeboten. Er kann auf unbestimmte Zeit nicht an den Einsatzplatz zurück und ist wieder in seinen eigenen vier Wänden eingesperrt. Er fühle sich seither noch schlechter als vorher, sagt er. Er ist gesundheitlich angeschlagen, nicht nur psychisch, sondern auch körperlich. Daher wird er auch zur Corona-Risikogruppe gezählt, was seine Möglichkeiten zusätzlich verschlechtert. In seiner Not fragt er sich, ob es seine Schuld sei, dass er nicht mehr in den Einsatz gehen dürfe, ob er etwas falsch gemacht habe. Ich konnte ihn in diesem Fall beruhigen und ihm erklären, dass der Unterbruch vom Kanton verordnet wurde.

Der zuständige Sozialdienst war lange Zeit nur telefonisch oder per Mail erreichbar. Gleichzeitig war auch ich mehrheitlich im Homeoffice beschäftigt und konnte keine direkten Gespräche führen. Das zeigt deutlich, dass es für Menschen wie Herrn O. in solchen Krisen kaum Möglichkeiten für soziale Kontakte gibt. Es bleibt zu hoffen, dass das Programm HEKS-Visite für Herrn O. bald wieder anläuft, denn eine Tagesstruktur ist für die Integration enorm wichtig. ■

Bildlegende: Klient bei HEKS-Visite

Foto: Oliver Mauerhofer



Beobachtungen von Psy4Asyl

Psychische Belastungen von Geflüchteten in der Corona-Krise

Viele Menschen mit Fluchthintergrund haben psychische Schwierigkeiten. Die Corona-Krise hat diese Belastung noch verstärkt. Wir haben Sara Michalik zum Thema befragt. Sie ist Fachpsychologin für Psychotherapie, Präsidentin des Verbands der Aargauer Psychologinnen und Psychologen sowie Gründerin und Projektleiterin von Psy4Asyl.

von Rosa Lili Rocabado Rügger

Psy4Asyl wurde 2016 gegründet und ist ein Experten-Netzwerk aus Fachpersonen, die im psychosozialen Bereich unentgeltlich ihre Fachkompetenz zur Verfügung stellen für Geflüchtete im Aargau. Mit der Zeit ist ein interdisziplinäres Netzwerk gewachsen aus verschiedenen Fachbereichen, die sehr eng miteinander zusammenarbeiten. Das Angebot von Psy4Asyl umfasst Therapie und Beratung, Gesundheitsförderung, Weiterbildung für Fachpersonen und Freiwillige sowie Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Dolmetschende sind für die Arbeit von Psy4Asyl unerlässlich, diese Kosten werden über den Swisslos Fonds und durch Spenden finanziert. Dank dem Angebot konnten viele Menschen psychische Stabilisierung, Ressourcenaktivierung und Selbstwirksamkeit wiedererlangen.

Frau Michalik, wie ging Ihr Verein mit dem Lockdown um, welche Auswirkungen hat dieser auf Ihr Angebot und Ihre Mitarbeitenden?

Es war für uns eine grosse Verunsicherung, ob und wie viel wir arbeiten dürfen. Die Fachleute konnten ihre Arbeit (Beratung, Körperarbeit) nicht fortsetzen. Für uns Psychotherapeut/innen waren Gespräche nur noch beschränkt möglich. Auch die Weiterbildungen mussten wir absagen.

Mit welchen Herausforderungen war Psy4Asyl während der Corona-Krise konfrontiert?

Es war ziemlich schwierig mit den Klient/innen in Kontakt zu bleiben, da die Sprachbarriere es verhinderte, zu telefonieren bzw. zu schreiben. Videokonferenzen waren zudem aufgrund fehlender Simultanübersetzungen nicht möglich. Normalerweise bekommen wir von Freiwilligen aus dem Asylbereich Informationen über die Befindlichkeit und den Gesundheitszustand der Flüchtlinge, das hat ebenfalls gefehlt.

Psy4Asyl begleitet Personen mit einem Fluchthintergrund, die bereits vor der Corona-Krise psychische Schwierigkeiten hatten und vielleicht eine gewisse

Isolation spürten. Wie ging es diesen Personen im Umgang mit der Pandemie?

Viele Menschen waren zu Beginn der Krise schlecht über die Pandemie informiert, dies aufgrund der Sprachbarriere und der Bildungsunterschiede. Das hat die Ängste verstärkt und zu mehr Belastungen geführt. Eine Mutter z.B. hat die Haare ihrer Kinder mit Desinfektionsmittel eingesprüht. Die Beschäftigung, die Alltagstruktur, Integrationsangebote, alles was ihnen psychisch guttut, ist weggefallen. Und sie waren vermehrt isoliert, was die Verunsicherung verstärkt hat. Die räumliche Enge war belastend und bedrohend, viele Personen hatten Angst vor einer Ansteckung. Für die Ramadan-Zeit war diese Krise aber eher ein Vorteil, denn normalerweise bildet diese Zeit ein Stresspotenzial in unserer leistungsorientierten Gesellschaft. Zudem sind sich viele Flüchtlinge gewohnt, auf bessere Zeiten zu warten und zu hoffen, daher können sie damit erstaunlich gut umgehen.

Haben sich die Sorgen und Themen bei Ihrer Klientel in der aktuellen Situation verändert? Inwiefern?

Die Corona-Pandemie ist wie eine Lupe: Sie verstärkt Ängste, Depressionen, Zwänge bei allen Menschen, nicht nur bei Asylsuchenden. Aber geflüchtete Menschen haben bereits viele Probleme und Sorgen, und wenn dann zusätzlich noch eine Krise wie diese Pandemie kommt, kann das Fass überlaufen. Es ist daher sehr wichtig, dass es psychosoziale Angebote für Geflüchtete gibt. Viele machen sich noch mehr Sorgen um ihre Angehörigen im Heimatland oder auf der Flucht. Sie selbst haben auch existentielle und finanzielle Sorgen. Sie können z.B. nicht mehr in die Stadt fahren, um ihre Einkäufe in den Supermärkten zu machen, in den Dörfern ist alles teurer. Auch fürchten sie einen Arbeitsplatzverlust.

Bildlegende: Corona bringt das Fass zum Überlaufen
Foto: Cara Königswieser und Dr. Veronika Königswieser, überarbeitet von Rolf Acklin (www.immuntherapie.at)



Beratungen in der Anlaufstelle Integration Aargau (AIA)

Die Kehrseite des Digitalisierungswahns

Als in Corona-Zeiten Integrations- und Beratungsangebote in den digitalen Raum verlegt wurden, profitierten davon viele Menschen. Manche jedoch fielen durch die Maschen: Sie sprechen die Sprache nicht und wissen mit Computer und Internet nichts anzufangen. Umso wichtiger bleiben persönliche Beratungen, wie sie in der Anlaufstelle Integration Aargau (AIA) angeboten werden.

von Seline Keller

Ein Ehepaar aus Serbien, er über 70, sie in den späten 50ern: Er lebt schon seit über 40 Jahren in der Schweiz, sie zog nach der Heirat vor etwas mehr als einem Jahr zu ihm. Das Paar lebt von der Rente des Mannes sowie von Ergänzungsleistungen (EL). Die Frau ist Analphabetin und ging in ihrem Heimatland nie zur Schule. Der Alphabetisierungskurs, den sie in der Schweiz noch im Frühjahr 2020 besuchte, wurde wegen dem Coronavirus abgebrochen. Da sie noch nicht 60 Jahre alt und damit im erwerbsfähigen Alter ist, wird in die Berechnung der EL ein Minimallohn von ihr einbezogen. Sie muss sich um Arbeit bemühen und entsprechende Nachweise erbringen, ansonsten droht eine EL-Kürzung. Sie soll sich auf online ausgeschriebene Arbeitsstellen bewerben, einen Lebenslauf und ein Motivationsschreiben im PDF-Format auf ein Onlineportal hochladen oder per E-Mail einreichen. Das Ehepaar hat zu Hause keinen Computer und keinen Zugang zum Internet. Was vorher schon eine Herausforderung war, wird in Zeiten von Covid-19 nahezu unmöglich. Dazu kommt, dass sich die Arbeitssuche aufgrund der wirtschaftlichen Unsicherheit doppelt schwierig gestaltet – gerade in Branchen wie der Gastronomie oder der Reinigung, in welchen viele ungelernete Arbeitnehmer/innen angestellt sind.

Mit solchen und ähnlichen Fällen wurde Stanislava Račić, Beraterin bei der AIA, während des Corona-Lockdowns immer wieder konfrontiert. Auch die AIA schloss am 16. März 2020 vorübergehend ihre Türen und die Mitarbeiter/innen hielten den Betrieb der Fachstelle aus dem Homeoffice aufrecht. Beratungen waren weiterhin per Telefon und Mail möglich und wurden von Fachstellen und einigen Klient/innen auch genutzt. Andere waren mit der Situation heillos überfordert: Wer sprachlich schon im persönlichen Gespräch Mühe hat sich auszudrücken und sein Gegenüber zu verstehen, der kommt mit einer Telefon-Hotline nur schlecht klar.

Wer einen kleinen Bildungsrucksack mitbringt, nie gelernt hat mit Computer und Internet umzugehen und zu Hause weder einen Laptop noch einen Drucker zur Verfügung hat, der wird sich kaum mit einem digitalen Formular beim RAV anmelden oder per Mail eine Fristverlängerung beantragen können. Zwar hat die Schweiz ein engmaschiges Sozialsystem, das Menschen auffängt, die sich beruflich, gesundheitlich oder familiär in einer schwierigen Situation befinden. Doch auch dort gilt: Ohne Anmeldung, keine Unterstützung. Am digitalen Ausfüllen von Formularen und Dokumenten führte während des Corona-Lockdowns kein Weg vorbei. Die verschiedenen Unterstützungsstellen waren geschlossen, beraten wurde höchstens per Mail oder am Telefon.

Auch nach dem 11. Mai bietet die AIA nach wie vor Beratungen per Telefon und Mail an und weist die Klient/innen darauf hin, möglichst diese Beratungsformen zu nutzen. In Fällen wie jenem des serbischen Ehepaars war eine persönliche Beratung vor Ort und unter Einhaltung der Hygiene- und Schutzmassnahmen jedoch unumgänglich. «Der Online-Trend geht an diesen Menschen komplett vorbei», erklärt Stanislava Račić. «Als während dem Corona-Lockdown nirgendwo mehr persönliche Beratungen angeboten wurden, waren einige Menschen komplett verloren». Was es brauche seien niederschwellige Beratungen, von Angesicht zu Angesicht. Die Möglichkeit, vor Ort gleich ein Gesuch um Fristverlängerung zu schreiben und auszudrucken, eine Passkopie zu machen oder ein Formular auszufüllen. Stanislava Račić ist deshalb froh, dass sie seit Mitte Mai ihre Klient/innen wieder persönlich unterstützen kann. «Diese niederschweligen Beratungen machen die AIA aus», ist sie überzeugt.

Bildlegende: Symbolbild

Foto: zVg.

Adressen

Caritas Aargau

Laurenzenvorstadt 80, 2. Stock
Postfach 2432
5001 Aarau

Telefon 062 822 90 10
box@caritas-aargau.ch
www.caritas-aargau.ch

Öffnungszeiten:
Montag-Donnerstag, 9-12 und
14-17 Uhr; Freitag, 9-12 Uhr

HEKS Aargau/Solothurn

Augustin-Keller-Strasse 1
Postfach
5001 Aarau

Telefon 062 836 30 20
aargau-solothurn@heks.ch
www.heks.ch

Öffnungszeiten:
Mo.+ Fr, 9-12 Uhr und
Di.-Do., 9-12 + 13.30-16.30 Uhr

Anlaufstelle Integration

Aargau

Rain 24
2. Stock
5000 Aarau

Telefon 062 823 41 13
integration@integrationaargau.ch
www.integrationaargau.ch

Öffnungszeiten:
Montag-Freitag, 10-16 Uhr
Termine nach Vereinbarung auch
ausserhalb der Öffnungszeiten
möglich

Impressum

Da+Dort wird von Caritas Aargau,
HEKS Aargau/Solothurn und der
Anlaufstelle Integration Aargau
herausgegeben.

Redaktion:
Fabienne Notter, Nathalie Philipp,
Michele Puleo, Seline Keller, Hülya
Degirmenci
Design: zeitgeist aarau
Gestaltung: Nathalie Philipp
Auflage: 3500

Redaktionsadresse:
Caritas Aargau
Laurenzenvorstadt 80, 5001 Aarau
Telefon 062 822 90 10
box@caritas-aargau.ch
www.caritas-aargau.ch
Spenden PC 50-1484-7
IBAN: CH23 0900 0000 5000 1484 7